

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe April 2020

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Sahra Wagenknecht: Das Morden muss aufhören!**
- **Susan Witt-Stahl: Mit allen Mitteln für das große Inferno**
- **David Moore & Donald Shaw: Mitglieder des US-Kongresses, die vom Krieg profitieren**
- **RTdeutsch: Pompeo bedroht Familienmitglieder von ICC-Staatsanwälten wegen ....**
- **Marjorie Cohn: Die Auslieferung von Assange würde einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen**
- **Paul Schreyer: Die größte Filterblase aller Zeiten**
- **Tilo Gräser: "NATO-Osterweiterung ist Mutter aller Konflikte" – Alex. Rahr zu Ost-West-Konfrontation**
- **Anne Rieger: Konversion: Schwester des Klimaschutzes**
- **Außenministerium der Russischen Föderation: Erklärung .. zum 50. Jahrestag des .. Atomwaffensperrvertrags**
- **Thomas Röper: Putin ..über .. Oligarchen im heutigen Russland und über "Staatskapitalismus"**
- **F. William Engdahl: Globalisierung, Coronavirus und unsere prekäre medizinische Versorgungskette**
- **Gemeingut in BürgerInnenhand: Krankenhausschließungen jetzt stoppen!**
- **Oliver Kessler: Der Staat kommt meist, um zu bleiben**
- **Gerd Bosbach: Faktenmangel statt Fachkräftemangel**

**Zitat des Monats** von [UN-Generalsekretär Antonio Guterres](#):

**Die Wut des Virus veranschaulicht den Irrsinn des Krieges.  
Deshalb rufe ich heute  
zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt auf.**

Es lohnt sich unbedingt, [den gesamten Aufruf](#) zu lesen. (Red.)

## Editorial

Der **Aufruf von UNO-Generalsekretär Guterres**, per Link in voller Länge zu lesen, ist ein sehr bedeutungsvolles internationales Zeichen in dieser Zeit.

Diesem lassen wir einen weiteren **Friedensaufruf** folgen, der die Lage in der Türkei aufgreift, und verweisen in zwei weiteren Beiträgen auf die **Kriegstreiber** im Nahen und Mittleren Osten, die vor allem in den USA, aber auch in Deutschland mit mächtigen Lobbys vertreten sind. US-Außenminister **Pompeo** scheut sich nicht, selbst dem Internationalen Strafgerichtshof zu drohen, wenn dieser juristisch zu US-Kriegsverbrechen ermitteln will.

Wie ernst solche Drohungen zu nehmen sind, erfährt ein Aufklärer wie **Julian Assange**; wir zeigen dies in einem Beitrag mit mehreren Links zu Informationen zu dessen Auslieferungsverfahren. Wie von einseitigen Interessen geleitet und propagandistisch die **Berichterstattung in unseren Medien** erfolgt, schildern Paul Schreyer und Jochen Mitschka. Was ohne Beachtung der Lobby- und Politinteressen möglich wäre, zeigt uns Anne Rieger zum **Thema Rüstungsausgaben** und Klimaschutz auf. Sie plädiert für eine Konversion von Rüstungsausgaben in zivile Projekte. Dies würde dem Konzept der **NATO-Osterweiterung** zuwiderlaufen, das Tilo Gräser noch einmal beleuchtet. Er kritisiert, dass **Russlands Wille zur friedlichen Zusammenarbeit** abgeschlagen wird, während das russische Außenministerium die große Bedeutung des Atomwaffensperrvertrages im Hinblick auf die am 27.04.2020 beginnende Konferenz betont. Wie **Wladimir Putin** die Rolle und die Art der Arbeit von staatlichen und privaten Unternehmen in Russland für die Entwicklung des Landes sieht, legt er im Interview dar.

William Engdahl verweist auf die **Gefahren der Globalisierung**, die zu Lieferabhängigkeiten führt, welche gerade in der gegenwärtigen Krisensituation deutlich werden. Damit wird unsere Gesundheitsversorgung zunehmend gefährdet. Aber auch der Abbau des Gesundheitswesens in Deutschland selbst verursacht diese Gefährdung. **„Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.“** fordert von Armin Laschet gegenzusteuern. Das Schreiben kann 'online' mitunterzeichnet werden. Gerd Bosbach legt den Widerspruch zwischen dem vermeidbaren **Fachkräftemangel** in manchen Branchen und den beruflich "unversorgten" Jugendlichen, die in Schulen versteckt werden, offen.

Abschließend verweist Oliver Kessler auf die gegenwärtige Gefahr, die die **krisisbedingte Staatsintervention** in das gesellschaftliche Leben bedingen würde und somit zu bleibenden Veränderungen führen kann. Wir werden dieses Thema aufmerksam verfolgen.

[Inhalt](#) ↑

- Sahra Wagenknecht: **Das Morden muss aufhören!**

Angesichts der Vorgänge in der Region Idlib, in der Türkei und an der türkischen Grenze zur EU fordert Sahra Wagenknecht: ["Das Morden muss aufhören!"](#) Dazu müsse sowohl die von Deutschland erbrachte waffentechnische Unterstützung der Türkei als auch die Unterstützung und Finanzierung der Terroristen in Syrien endlich beendet werden. Die Bundesregierung müsse sich endlich ernsthaft für einen Waffenstillstand in Idlib und den Abzug der islamistischen Terroristen einsetzen. Es sei dafür zu sorgen, dass vor Ort humanitäre Hilfe geleistet werde. Es sei Syrien endlich bei Wiederaufbau Unterstützung zu gewähren, statt mit Sanktionen die Not im Land hoch zu halten und den Wiederaufbau zu sabotieren.

- Susan Witt-Stahl: **Mit allen Mitteln für das große Inferno**

Das 'Mideast Freedom Forum Berlin' (MFFB), das mit Think Tanks wie dem von ExxonMobil und anderen Großkonzernen finanzierten 'American Enterprise Institute' kooperiert, wird nicht müde, die "Unmöglichkeit des Dialogs" mit Iran zu betonen – dabei ist das Land zwar in Konflikte in Syrien, Jemen und Libanon verstrickt, hat aber noch nie einen Angriffskrieg geführt. Das MFFB ist Initiator der Kampagne 'Stop the Bomb' (STB) gegen Iran und behauptet, das iranische Nuklearprogramm sei "durch das Atomabkommen nicht beendet, sondern dauerhaft institutionalisiert und legalisiert" worden. 2008 warb STB für einen Krieg, wenn nötig auch mit Atomwaffen, gegen Iran und fand dabei Zuspruch von Prominenten aus Kultur, Wissenschaft, Medien und Politik.

2012 war STB in die Schlagzeilen geraten wegen Einschüchterungsmaßnahmen und Hetze gegen Politiker oder in Deutschland lebende Iraner, häufig Geschäftsleute, die nichts mit Rüstungsgeschäften zu tun haben. Die Einladung israelkritischer Referenten sind für STB Anlass zur Diffamierung und Forderung von personellen Konsequenzen. Auch das internationale Akademikernetzwerk 'Scholars for Peace in the Middle East' (SPME) unterstützt STB, führt Denunziationsfeldzüge gegen Kriegsgegner und wirbt für Trumps Israelpolitik.

Die vom grünen Bundestagsabgeordneten Matthias Küntzel mitgegründete 'SPME Deutschland' ist Mitglied der 'Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik' und versucht die deutsche Außenpolitik im Interesse von Großbanken und Rüstungskonzernen zu beeinflussen; sie attackiert z.B. die Wissenschaftler, die im Jahr 2012 die Erklärung "Sanktionen und Kriegsdrohungen sofort beenden" unterzeichnet hatten.

Auch die 'Amadeu Antonio Stiftung' (AAS) unterstützt Aktionen von STB finanziell – mit Fördergeldern aus dem Bundesfamilienministerium. Wie Susan Witt-Stahl weiter ausführt, ist die Pro-Kriegs-Lobby auch in Österreich und der Schweiz gut aufgestellt. Erschreckend ist vor allem, dass den in solchen Organisationen Agierenden bis heute alle Tore der Linken, aber auch bei CDU, FDP und AfD, weit offenstehen. Witt-Stahl: "Was die Kriegslobby gegen Iran vor allem zusammenschmiedet, ist die Agenda der Zerschlagung der antikapitalistischen Linken und der Friedensbewegung, die sich dem Imperialismus des Westens entgegenstellt und das drohende flammende Inferno im Nahen und Mittleren Osten zu verhindern sucht."

- David Moore & Donald Shaw: **Mitglieder des US-Kongresses, die vom Krieg profitieren**

Die investigative US-Website SLUDGE hat herausgefunden, dass 51 Kongressmitglieder oder deren Ehepartner Aktien der 30 führenden Rüstungsunternehmen der Welt im Wert von 2,3 bis 5,8 Mio. Dollar besitzen. Aus den Investitionen von Kongressmitgliedern in Rüstungskonzerne können stärkere Interessenkonflikte erwachsen als aus Investitionen in andere Industriebereiche, weil die Rüstungsbetriebe von ihnen erwarten, dass sie die Finanzierung der vom Pentagon erteilten Rüstungsaufträge auch genehmigen. Im Senat besitzt fast ein Drittel der Mitglieder des Unterausschusses des Verteidigungsausschusses, der für Beschaffung zuständig ist, Aktien von Rüstungsunternehmen; auch in anderen Ausschüssen sind Mitglieder im Besitz von Aktien von Rüstungsfirmen.

Fast die Hälfte des Staatshaushalts der USA fließt in die Verteidigung. 2018 waren das 623 Mrd. Dollar. Für den Verteidigungshaushalt 2020 hatte die Trump-Regierung ursprünglich 750 Mrd. Dollar veranschlagt, und mit diesen Zahlen werden die militärisch bedingten Gesamtausgaben noch heruntergespielt.

- RTdeutsch: **Pompeo bedroht Familienmitglieder von ICC-Staatsanwälten wegen Untersuchung zu US-Kriegsverbrechen**

US-Außenminister Mike Pompeo hat bei seinem Pressebriefing am 17.03.2020 den Staatsanwälten des 'Internationalen Strafgerichtshofs' in Den Haag und deren Familienmitgliedern offen mit Konsequenzen gedroht, da diese weiterhin an Untersuchungen zu US-Kriegsverbrechen festhalten. Der US-Außenminister kündigte an, die USA würden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um [US-Bürger vor diesem "unrechtmäßigen sogenannten Gericht" zu schützen](#). Insbesondere hat der Gerichtshof den Weg für Ermittlungsverfahren zu Kriegsverbrechen der Taliban, des US-Militärs und der US-Geheimdienste im knapp 20 Jahre andauernden Konflikt in Afghanistan und in mutmaßlich geheimen Gefangenenlagern der US-Streitkräfte außerhalb Afghanistans freigemacht.

[Inhalt](#) ↑

- Marjorie Cohn: **Die Auslieferung von Assange würde einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen**

Nach Einschätzung von Marjorie Cohn muss Richterin Baraitser gemäß den Bestimmungen des Auslieferungsabkommens zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich und in Übereinstimmung mit der Nicht-Zurückweisungsbestimmung der Folterkonvention Trumps [Antrag auf die Auslieferung von Assange an die USA ablehnen](#).

Am 24.02.2020 begann die Anhörung zum Auslieferungsantrag von Assange. Norman Paech stellt in der WDR5-Redezeit kurz dar, was Nils Melzer zu Assange berichtet hat. Sollte es tatsächlich zur Auslieferung kommen, so sei die [Rechtsstaatlichkeit schwer verletzt und die Pressefreiheit in großer Gefahr](#). Eigentlich dürfe Assange wegen einer politischen Straftat nicht ausgeliefert werden. Auch die extreme Höhe der Strafandrohung müsste aus Gründen der Menschenrechte eine Auslieferung verhindern. Paech geht von einer Dauer des gegenwärtigen Verfahrens von zwei Jahren aus. (Audio, 24 Min.)

Bei den Anhörungen im Auslieferungsverfahren erklärte Assanges Anwalt Edward Fitzgerald, Assange sei in der ecuadorianischen Botschaft [nicht nur intensiv ausspioniert worden](#), sondern es habe auch Gespräche darüber gegeben, "ob extremere Maßnahmen in Betracht gezogen werden sollten, wie die Entführung oder Vergiftung von Assange in der Botschaft". Die Anhörungen in London sind zunächst für eine Woche geplant und sollen danach erst am 18.05.2020 für weitere drei Wochen fortgesetzt werden.

Die erste Etappe des Verfahrens über den Auslieferungsantrag der USA zu Julian Assange ist vorüber; der Prozess wird am 18.05.2020 vorgesetzt. Heike Hänsel und Sevim Dagdelen (beide Bundestagsabgeordnete) [berichten von ungewöhnlichen Zuständen während des Anhörungsverfahrens](#): Wegen der schlechten Mikrofonanlage konnten die wenigen zugelassenen Prozessbeobachter nur wenig verstehen; die Verhandlung wurde vom Gericht nicht protokolliert; der Angeklagte saß wie ein Terrorist in Handschellen hinter Panzerglas und durfte sich mit seinen Anwälten nicht vertraulich austauschen. An einem Morgen soll Assange vor der Verhandlung misshandelt worden sein. Assange machte einen sehr geschwächten, "gebrochenen" Eindruck. Für Dagdelen wird in diesem Verfahren "nicht über Wikileaks oder Julian Assange verhandelt, sondern über unsere Freiheit. Es geht um eine Neuvermessung der Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit."

[Majorie Cohn, Jg. 1948](#), emeritierte Professorin an der Thomas Jefferson School of Law; sie war Nachrichtenberaterin, Rechtsanalytikerin sowie juristische und politische Kommentatorin bei verschiedenen Radio- und TV-Sendern; Autorin und Mitredakteurin bei verschiedenen Medien; Veteranin der Anti-Vietnam-Kriegsbewegung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Paul Schreyer: Die größte Filterblase aller Zeiten**

Medien verlassen sich in ihrer Berichterstattung zum großen Teil auf einige wenige international tätige Nachrichtenagenturen aus New York, London, Paris und Hamburg, deren politische Unabhängigkeit in Frage steht. Werden Berichte von alternativen Nachrichtenagenturen aus Moskau oder Peking wiedergegeben, wird dies scharf kritisiert. Dabei ist auf solche Quellen kaum zu verzichten, denn nur sie nehmen das Völkerrecht zum Maßstab ihrer Berichterstattung, obwohl sie unter staatlichem Einfluss stehen. Andererseits ist die Unabhängigkeit westlicher Agenturen in Zweifel zu ziehen, wenn sie selbst bekennen, dass ihre [ökonomische Zukunft Vorrang vor dem Anspruch journalistischer Unabhängigkeit](#) habe. Zudem haben Konkurrenz um Einfluss und die Anteilhaber in verschiedenen Medienkonzernen sowie politische Vertreter in Vorständen einen gegen Unabhängigkeit gerichteten Einfluss. Paul Schreyer findet: "Tatsächlich ist die Einbeziehung der Blickwinkel aus Moskau, Peking und anderen Machtzentren nicht nur wünschenswert, sondern für ein umfassendes Verständnis der globalen Interessengegensätze notwendig. Ohne ein solches Verständnis werden sich tragfähige und friedliche Lösungen kaum finden lassen."

Die Weltsicht, welche uns die westlichen Medien wie die Tagesschau vermitteln, ist laut Jochen Mitschka alleine und ausschließlich eine Weltsicht westlicher Eliten. [Nicht einmal reine Faktenberichterstattung aus nichtwestlichen Agenturen werde zugelassen](#). Die propagandistische Berichterstattung über die Wahlen im Iran führt Mitschka dafür als Beispiel an. Im Vordergrund der Wünsche der Menschen des Irans stehen Kampf gegen Korruption und für wirtschaftliche Entwicklung. Weder Wahlergebnisse noch Umfragen unterstützen die Behauptung, dass die Menschen des Iran eine grundlegende Veränderung der Politik ihrer Führung und Unterwerfung unter die westliche Hegemonie wünschen. Deshalb müsse man davon ausgehen, dass die Führung des Landes durchaus den Willen der Mehrheit der Bevölkerung respektiere.

[Paul Schreyer, Jg. 1977, Autor \("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "Wer regiert das Geld?"\) und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des \[online-Magazins 'multipolar'\]\(#\). \(Red.\)](#)

[Inhalt](#) ↑

- **Tilo Gräser: "NATO-Osterweiterung ist Mutter aller Konflikte" – Alexander Rahr zu Ost-West-Konfrontation**

30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist das deutsch-russische Verhältnis wieder belastet. Der Russlandexperte Alexander Rahr hat am 10.03.2020 in Berlin über Ursachen, Folgen und Auswege gesprochen. Die NATO-Osterweiterung sei von zentraler Bedeutung für alle heutigen Verwerfungen und Konflikte. Aber diese sei nicht isoliert zu sehen von der Überheblichkeit der Europäer und US-Amerikaner, die die Weltordnung bestimmen und Russland keinen Platz in einem neuen Europa lassen wollen. Dabei sei auch anderes möglich gewesen, aber das Angebot und die Chance mit Russland ein großes Europa mit allen europäischen Nationen zu gründen, sei vertan, [die ausgestreckte Hand Moskaus nicht angenommen](#) und Russland eine Mitsprache beim Aufbau eines neuen Europas verwehrt worden.

Die fehlgeleitete westliche Politik der östlichen Ausdehnung endete 2013 in der Ukraine mit einem Desaster. Der Versuch zu schlichten blieb ohne Erfolg, da Deutschland nicht als Vermittler sondern als Schutzpatron der Ukraine aufgetreten sei. Um den Frieden in Europa zu erhalten, müsse sich die westliche Politik von ihrer lehrerhaften Art gegenüber Moskau verabschieden. Rahr bedauert, dass es in Deutschland nur wenige Politiker gebe, die sich für ein besseres Verhältnis zu Russland einsetzen. Vielmehr sei eine über 70 Jahre installierte transatlantische Ausrichtung bis in Wirtschaftskreise hinein zu konstatieren, der auch der geniale russische Vorschlag, gegenseitig auf Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten, zum Opfer fiel.

[Tilo Gräser, Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. \(Red.\)](#)

[Inhalt](#) ↑

- Anne Rieger: **Konversion: Schwester des Klimaschutzes**

Krieg und Militär gehören zu den größten Verbrauchern von Energie und anderen Ressourcen und verschlingen weltweit 1,8 Billionen Dollar an Rüstungsausgaben - Geld, das für Wohnungen, Schulen, Bildung, Renten, Soziales fehlt. Deutschland wird in diesem Jahr 50 Mrd. Euro fürs Militär ausgeben und ist zudem der viertgrößte Waffenexporteur weltweit.

In der Rüstungsindustrie, konkreter im Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), sind bei den 200 Unternehmen 135'700 Personen direkt und 273'400 indirekt beschäftigt, macht rund 410'000 Arbeitsplätze. Das ist von 43,5 Millionen Erwerbstätigen (2016) in Deutschland knapp 1%. Im Interesse dieser Erwerbstätigen gilt es, sich [mit der Umwandlung militärischer in zivile Produktion zu befassen](#). Konversion wäre finanziell möglich, wenn politisch entgegen dem Profitinteresse der Rüstungskonzerne gewollt.

Es gibt Beispiele, wo dies (zu Teilen) gelungen ist: Beim Navigationshersteller Litef in Freiburg gelang es, die militärische Ausrichtung von 100% auf 50% zu reduzieren. Die Nordseewerke GmbH in Emden, eine der größten deutschen Marinewerften mit Schwerpunkt U-Bootsbau, produziert heute Stahlbau-Komponenten für Offshore-Windenergie-Anlagen. Bei der Maschinenbau Kiel (MaK) wurden Fertigungsanlagen für den Panzerbau gegen solche für den Lokomotivbau getauscht. Für solche Konversionen muss ein entsprechender Fonds mit Geld aufgelegt werden, das bisher in die Rüstung gesteckt wurde.

*[Anne Rieger](#) ist eine Mitorganisatorin des Friedensratschlags in Kassel. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Außenministerium der Russischen Föderation: **Erklärung des Außenministeriums Russlands anlässlich des 50. Jahrestags des Inkrafttretens des Atomwaffensperrvertrags**

Seit 50 Jahren garantiert der Atomwaffensperrvertrag die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich friedlicher Nutzung der Atomenergie und ermöglichte Bewegung auf dem Wege der Atomabrüstung. Für das russische Außenministerium ist der Atomwaffensperrvertrag eine der Grundlagen der modernen Weltordnung, "[äußerst wichtig für die Festigung des Vertrauens in der Welt, Gewährleistung der Stabilität in globalem Ausmaß](#)." Daher halte die Russische Föderation strikt alle Punkte des Vertrags ein und baue kontinuierlich ihr Atomarsenal ab. Angesichts der Bedeutung des 1985 unbefristet verlängerten Vertrags geht Moskau davon aus, dass alle Teilnehmer der am 27.04.2020 beginnenden Konferenz für Erörterung des Funktionierens des Atomwaffensperrvertrags daran interessiert sind, dass die Konferenz ein Erfolg wird. Auch die [USA wird zur Fortsetzung der Politik der Rüstungskontrolle und Aufnahme eines friedlichen Zusammenwirkens mit anderen Staaten aufgerufen](#).

Russland stellt Italien im Kampf gegen das Corona-Virus Schutzausrüstungen, mobile Versorgungsstationen und Mittel für eine großflächige Desinfektion von Verkehrsmitteln und Gebieten zur Verfügung. Außerdem hat Russland am 22.03.2020 [acht mobile Brigaden mit Virologen und Ärzten nach Italien](#) verlegt. – Neben der russischen werden hier auch die *Hilfestellungen seitens Kuba für Italien und Seitens China für den Iran gemeldet. In den meisten Medien werden diese Hilfen negativ kommentiert. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **Putin im O-Ton über die Rolle der Oligarchen im heutigen Russland und über "Staatskapitalismus"**

Präsident Wladimir Putin hat sich im [Interview zur Rolle der Oligarchen in Russland](#) geäußert: "Man darf ihnen nicht erlauben, das Land zu regieren oder politische Entscheidungen zu beeinflussen. Es ist klar, dass damals und heute alle nach Wegen suchen, Lobbyismus zu machen

und für ihre Interessen zu werben. Der Unterschied zwischen den 2000er Jahren, nun ja, oder zwischen den 90er Jahren und jetzt, besteht darin, dass sie die Entscheidungen des Staates bei innenpolitischen, wirtschaftlichen und sogar außenpolitischen Angelegenheiten direkt beeinflusst haben. Und Sicherheitspolitik ist wichtig. Die Chefs der heutigen Unternehmen genießen ein solches Privileg nicht.“

Zur Rolle von staatlichen und privaten Unternehmen sagte er: “Nur sieben oder acht unserer Top 20 Unternehmen haben eine staatliche Mehrheit. Aber es geht nicht darum, ob sie privat oder staatlich sind. Die Frage ist, wie sie arbeiten. Wenn sie wirklich kompetent arbeiten, mit Gewinn, für den Staat Einkommen generieren, dann stellt sich die Frage, ob die Privatisierung ein Selbstzweck ist, oder nicht.“ Wichtig für Putin ist, dass große Unternehmen die größten Steuerzahler sind.

*[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- F. William Engdahl: **Globalisierung, Coronavirus und unsere prekäre medizinische Versorgungskette**

Die gravierenden [Risiken und Gefahren im Prozess des weltweiten “Out-Sourcings”](#) und der so genannten Globalisierung der letzten etwa 30 Jahre werden für F. William Engdahl daran deutlich, dass der anhaltende Gesundheitsnotstand in ganz China lebenswichtige Weltlieferketten von China in den Rest der Welt bedroht. Während den Risiken für Smartphone-Komponenten oder die Autoherstellung durch Lieferungen von Schlüsselteilen aus China oder dem Ausfall von Öllieferungen in den letzten Wochen viel Aufmerksamkeit gewidmet wird, besteht eine Gefahr, die im Hinblick auf das globale Gesundheitssystem bald alarmierend deutlich werden wird. Wenn die erzwungene Schließung der chinesischen Produktion noch viele Wochen länger andauert, könnte die Welt einen Mangel an lebensnotwendigen Medikamenten und medizinischer Versorgung erfahren. Der Grund dafür ist, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein Großteil der Produktion von Medikamenten und medizinischem Zubehör wie z.B. Operationsmasken nach China ausgelagert oder einfach in China von chinesischen Unternehmen zu weitaus günstigeren Preisen hergestellt wurde, was westliche Unternehmen aus dem Geschäft verdrängt hat.

*[F. William Engdahl](#), Jg. 1944, seit über 30 Jahren wissenschaftlich und journalistisch tätig; Arbeiten über verschiedene Aspekte internationaler Öl-, Energie- und Wirtschaftspolitik in unterschiedlichen Büchern, Magazinen und Zeitschriften veröffentlicht. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Gemeingut in BürgerInnenhand: **Krankenhausschließungen jetzt stoppen!**

Vier Fünftel der Krankenhäuser in Deutschland sollen aufgrund von Lobby-Empfehlungen geschlossen werden, in NRW sollen es 60% sein. Die Initiative ‘Gemeingut in BürgerInnenhand’ stuft das als verantwortungslos ein und fordert NRW-Ministerpräsident Armin Laschet auf, dem Gutachten der Lobby von Bertelsmann & Co nicht zu folgen sowie das für die Reduktion von Krankenhäusern eingeforderte Geld von 80 Mrd. Euro für den Auf- und Ausbau von Krankenhäusern zu verwenden. [Das Schreiben an Laschet kann mitunterzeichnet werden.](#)

*[Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.](#), wurde 2010 gegründet und setzt sich dafür ein, dass Schulgebäude, Wasserleitungen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel dem Gemeinwohl dienen und nicht Spekulationsobjekte privater Investoren sind. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Oliver Kessler: **Der Staat kommt meist, um zu bleiben**

Krisenzeiten führen meist zu staatlichen Interventionen, die auch Eingriffe in die Bürgersouveränität beinhalten. Das ist deshalb "problematisch, weil der Staat sich kaum jemals wieder vollständig aus jenen Tätigkeitsfeldern zurückzieht, in denen er sich einmal festgesetzt hat." Bereits Ludwig von Mises hat beobachtet, dass dies die Gesellschaft "schrittweise in die Verstaatlichung, Zentralisierung und Knechtschaft" führe. [In der Krise befinden sich viele Menschen in einem aufgeregten Zustand, haben Angst und sind eher bereit, Eingriffe in ihre individuellen Freiheitsrechte zu erdulden](#). Aktuell kann das Themen betreffen wie die Forderungen nach bedingungslosem Grundeinkommen, nach Abschaffung des Bargeldes oder nach Staatsinterventionen in die Wirtschaft, die vor allem den Großunternehmen, aber nicht dem Mittelstand nützen. Kessler fordert, dass neben den kurzfristig notwendigen Hilfen für die Wirtschaft vor allem der bürokratische Aufwand und der aufgeblähte Verwaltungsapparat zurückgefahren werden muss.

[Empfehlungen des RKI für die Fachöffentlichkeit](#) sind unter [www.rki.de/covid-19](http://www.rki.de/covid-19) zu finden, z.B. [Hygiene-Maßnahmen für nicht-medizinische Einsatzkräfte](#). Das RKI hat auch einen [Steckbrief zur Coronavirus-Krankheit](#) herausgegeben.

*Eine abschließende Bewertung hinsichtlich der Eingriffe in die Grundrechte und hinsichtlich der Beförderung von bestimmten Absichten kann derzeit sicherlich nicht vorgenommen werden. Auch die Einschätzungen und Vorgaben des RKI sollten sicherlich einer Nachbetrachtung unterzogen werden. (Red.)*

*[Oliver Kessler](#), Jg. 1973, studierte Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft; seine heutigen Forschungsinteressen und -schwerpunkte sind u.a. Internationale Politische Ökonomie, Politik des Risikos sowie Politik des Völkerrechts. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Gerd Bosbach: **Faktenmangel statt Fachkräftemangel**

Trotz des vielbejammerten Fachkräftemangels [herrscht immer noch ein Mangel an Ausbildungsplätzen](#), im Januar 2020 fehlten 35'000 Plätze. Den Fachkräftemangel gibt es nur in manchen Branchen. Und wo es ihn gibt, ist er oft selbst verschuldet – z.B. durch zu zahlendes Schulgeld, das mit den zu erwartenden Löhnen kaum zurückbezahlt werden kann.

Ein ehemaliger Berufsberater macht darauf aufmerksam, dass die Berater durch eine Aufwertung der Schulen bei der Berufsorientierung weniger Schulabgänger beraten können. ["Hätten wir genügend Ausbildungsplätze](#), könnten die Berufsbildenden Schulen einen großen Teil ihres Vollzeit-Angebotes einstellen." Ein Großteil ihrer heutigen Schüler bleiben als "Unversorgte" in der Statistik.

Ein anderer Berufsberater berichtet von der Umstellung des Beratungskonzeptes auf Marktkonformität, was auf die Jugendlichen einen hohen Anpassungsdruck und auf die Berater einen hohen Erfolgsdruck ausübt. Die flexible, an den Bedürfnissen des Einzelnen orientierte Gesprächsführung bleibt dabei auf der Strecke. Die Berater sind nicht mehr Partner in einem prinzipiell offenen Prozess, der "auf gleicher Augenhöhe" stattfindet, sondern sie entscheiden letztlich allein, was sinnvoll ist und was nicht. Würde des Menschen ade: "Du wirst Bäcker, weil der Markt das will, basta!"

*[Gerd Bosbach](#), Jg. 1953, lehrt Statistik, Mathematik und Empirie an der Hochschule Koblenz, Standort Remagen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Statistik-Missbrauch, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsstatistik (Demografie), Armut (im Alter), volkswirtschaftliche Aspekte der Gesundheitsfinanzierung. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑